

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 469 Anfrage Steiner Bernhard und Mit. über die personelle Eskalation am LUKS-Standort Wolhusen und deren Auswirkungen auf die regionale Gesundheitsversorgung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 469 wurde auf die Juni-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Riccarda Schaller lehnt die dringliche Behandlung ab.

Bernhard Steiner: Am 28. Mai 2025 konnte der Medienmitteilung des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) entnommen werden, dass drei Kaderärzte des LUKS aufgrund einer internen Untersuchung freigestellt wurden oder das LUKS freiwillig verlassen. Vor allem die drastische Massnahme und die Art und Weise der sofortigen Freistellung des Chefarztes Medizin hat nicht nur in der betroffenen Region einen medialen Wirbel verursacht. Die Dringlichkeitskriterien sind deshalb klar erfüllt. Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht und betrifft die medizinische Grundversorgung der westlichen Kantonshälfte. Klar könnte mit der politischen Diskussion bis zur nächsten Session gewartet werden, aber hinter den Kulissen arbeiten Medienschaffende an Recherchen und versuchen Hintergründe zu eruieren und die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren. Dabei kann eine offene Diskussion im Rahmen dieser Session Klarheit und Ruhe bringen und primär die wichtigsten Fragen klären, damit sich der Spitalalltag für die Patienten und das Personal in Wolhusen wieder normalisiert. Auch die Regierung unterstützt die Dringlichkeit, denn es geht um Transparenz, Verantwortung und Glaubwürdigkeit in unserer Gesundheitspolitik. Ohne rasche politische Klärung droht ein nachhaltiger Vertrauensverlust und die Bevölkerung hat ein Recht auf die Antworten. Die SVP-Fraktion steht für die Dringlichkeit ein und hält daran fest.

Riccarda Schaller: Der GLP-Fraktion scheint es dringlich, bei diesem durchaus sensiblen, operativen Personalthema am Spital Wolhusen die Dringlichkeit abzulehnen. Zu den Dringlichkeitskriterien: Das Thema hat ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, sodass die Öffentlichkeit eine umgehende politische Stellungnahme des Kantonsrates erwartet. Nein. Das Thema hat ein hohes personalpolitisches Gewicht und muss vom LUKS gut und mit Sensibilität behandelt werden. Es ist aber nicht im Interesse der Öffentlichkeit, dass der Kantonsrat ohne Kenntnis von Fakten und genauen Umständen über die Personalpolitik des Spitals Wolhusen diskutiert. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub. Auch dazu sagen wir nein. Die Entscheide wurden bereits gefällt und der Kantonsrat ist nicht zuständig. Es ist ein operatives Geschäft. Deshalb muss das Anliegen auch nicht ordentlich traktandiert werden. Wenn es Handlungsbedarf gibt aufgrund irgendwelcher

missbräuchlicher oder sonstiger Vorbehalte, was wir aber nicht wissen, dann liegt es an der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK), sich diesem Thema anzunehmen. Die Dringlichkeitskriterien sind aus unserer Sicht nicht erfüllt und eine Diskussion in unserem Rat könnte sogar kontraproduktiv sein. Sie würde die öffentliche emotionale Diskussion aufheizen und wohl keinen Beitrag zu einem Vertrauensaufbau leisten. Die GLP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Marcel Budmiger: Mit dem Ja der Luzerner Stimmbevölkerung zur Spitalgesetzrevision am 18. Mai 2025 hat die Thematik rund um die Grundversorgung an den Standorten des LUKS, insbesondere am Standort Wolhusen, einiges an Brisanz verloren. Turbulente Jahre liegen hinter uns, auch wir haben dringliche Vorstösse zu diesem Thema eingebbracht, aber jetzt wäre es sinnvoll, einmal tief durchzuatmen. Nur so kehrt in Wolhusen Ruhe ein. Vertrauen schaffen und die Lage beruhigen, das war das Ziel der Gesetzesrevision. Das wollen wir nun nicht mit einer dringlichen Vergangenheitsbewältigung torpedieren. Die medizinische Grundversorgung haben wir gesetzlich festgeschrieben, dazu braucht es keine dringliche Diskussion. Deshalb lehnt die SP-Fraktion die Dringlichkeit mehrheitlich ab.

Jacqueline Theiler: Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ebenfalls ab. Bei der aktuellen Entlassung in Wolhusen handelt es sich um eine operative Entscheidung, die grundsätzlich allein in der Verantwortung der Spitalleitung liegt. Aktuell liegt der Bericht der zuständigen Kommission nicht vor, deshalb gibt es auch nichts zu diskutieren. Vieles kann auch aus personal-rechtlichen Gründen nicht beantwortet werden. Solange die Patientensicherheit und die Versorgung gewährleistet sind, besteht es aus unserer Sicht auch kein Anlass zu einer dringlichen Behandlung der Anfrage.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu, da das Thema von hohem politischem Gewicht ist. Das politische Gewicht ist auch deshalb vorhanden, weil das Thema immer wieder befeuert wird. Das bringt uns nicht weiter. Es muss unterschieden werden, was in der politischen Verantwortung ist und was in der operativen Tätigkeit und Verantwortung des LUKS ist. Die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) wurde heute über die Vorkommnisse informiert. Wir sind der Meinung, dass deshalb auch die Öffentlichkeit zeitnah informiert werden sollte. Das LUKS wie auch die Regierung wollen transparent und zeitnah informieren. Das erachten wir als richtig und deshalb soll die Anfrage morgen behandelt werden. Es geht darum, Vertrauen zu schaffen. Ich bitte auch unseren Rat zu unterscheiden, was operative und was politische Themen sind.

Rolf Bossart: Nachdem ich alle Voten gehört habe, ist aus meiner Sicht eine dringliche Behandlung notwendig, gerade unter dem Aspekt eines vertrauensbildenden Prozesses. Wenn wir an die ganzen Diskussionen zurückdenken, möchten wir bei der gesamten Medienlandschaft nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen und ich danke der Regierung, wenn sie uns dabei unterstützt.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Weshalb unterstützt auch unser Rat die Dringlichkeit? Einerseits weil wir der Meinung sind, dass es wichtig und richtig ist, auch nochmals auf die Rollenklärung aufmerksam zu machen. Das können wir nur im Rahmen der Debatte. Andererseits haben auch wir Interesse daran, an allen Standorten für Ruhe und Sicherheit zu sorgen. Diese Anfrage ist eingegangen und erst später darüber zu diskutieren, das bringt wenig Ruhe in die Situation. Lassen Sie uns jetzt darüber sprechen, wo es akut ist und der Bedarf und das Bedürfnis nach einer Klärung der Rollen aber auch warum und wie es weitergeht hoch ist. Irgendeinmal müssen auch unsere Mitarbeitenden am Standort Wolhusen zu Ruhe kommen dürfen. Deshalb sind wir der Meinung, dass durchaus ein sehr hohes öffentliches Interesse besteht, um die Dringlichkeit zu bejahen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 72 zu 44 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.